



2009/20 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2009/20/sterni-ist-kein-argument>

Gentrifizierung im linken Diskurs

Sterni ist kein Argument

Von **hans-christian psaar**

Die Linke verwechselt gern ihre Konsumvorstellungen mit Politik. Vor allem, wenn es um Gentrifizierung geht.

Der Begriff Gentrifizierung hat in den vergangenen Jahren eine enorme Karriere im politischen Diskurs der Linken hinter sich. Kaum ein Text zu Stadtthemen, in denen er nicht als politischer Kampfbegriff auftaucht. Nur stellt sich die Frage, was genau mit Gentrifizierung gemeint wird. Denn in den meisten Texten offenbart sich recht schnell der fehlende Inhalt.

Im Aufruf zur »Freiraumdemonstration« im März in Berlin etwa wird Gentrifizierung zu einem »Prozess, der nicht nur angreift, sondern auch breite Teile der Bevölkerung aus ihren Vierteln vertreibt«. Da ist, beinahe schon verschwörungstheoretisch, von einem »Hochglanzsanierungsprogramm« die Rede, welches offenbar zum erklärten Ziel hat, mittels Aufwertung die Bewohner eines Stadtteils zu verdrängen. Sogar der »neoliberale Kapitalismus« muss einmal mehr für das Böse herhalten.

Ein Schlagwort folgt auf das andere, ohne dass innerstädtische Vorgänge erklärt würden. Das Ergebnis steht von Anfang an fest: Gentrifizierung ist, wenn Yuppies im Kiez einziehen und die alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner verdrängen. Eine weiterführende Erklärung bleibt aus, es genügt schon zu wissen, dass man selbst von Verdrängung betroffen und jemand anderes dafür verantwortlich zu machen ist. Entsprechend wird etwa das Wort »Hochglanzsanierung« verwendet und davon ausgegangen, dass dies einen Reflex bei der Zielgruppe auslöst. Nur ist »Hochglanzsanierung« weder ein Argument noch eine Kritik, sondern ein Schlagwort, das sich an alle richtet, die schon Bescheid wissen. Kommuniziert wird im Szenejargon mit niemand anderem als der eigenen Szene. So werden schriftliche Dekorationen entworfen, die benötigt werden, um die eigenen Aktionsformen auszuschnücken. Denn schließlich sähe es merkwürdig aus, wenn eine Demonstration ganz ohne begleitende Texte stattfinden würde.

Je radikaler sich die Kritik gibt, desto flacher wird sie, denn mit dem Kapitalismus will man sich offenbar nicht auseinandersetzen. Nicht Mieten generell werden thematisiert, sondern steigende Mieten; nicht der Staat ist das Problem, sondern Polizeigewalt; nicht Verteilung ist das Problem, sondern Verteilungsungerechtigkeit. Erst die Überformung des Normalen wird als Problem definiert, und nur wenn die vermeintliche Normalität aus dem Ungleichgewicht gerät, machen linke Gentrifizierungskritikerinnen und -kritiker eine Krisenhaftigkeit aus. Und zudem werden

steigende Mieten auch nur dort thematisiert, wo der eigene Altbau betroffen ist – oder betroffen sein könnte.

Die Frage bleibt, wie diese Linke überhaupt zum Begriff der Gentrifizierung kommt. Zum einen wie so häufig: Im Wissenschaftsbetrieb werden Theoreme ausgearbeitet, im Zeitungs- und Fernsehfeuilleton reißerisch ausgebreitet – und am Ende steht die Linke, die den Feuilletondiskurs nachplappert und die dortigen Befindlichkeiten in radikalisierte Form artikuliert. Zum anderen hatte der Begriff in besonderem Maße Konjunktur, als Andrej Holm wegen der Beschäftigung mit dem Thema in Untersuchungshaft genommen wurde – ein linker Stadtsoziologe und Aktivist, der auch von den Feuilletons als Experte herangezogen wird. Den Journalisten liefert die Linke wiederum mit ihren Aktionsformen die Rechtfertigung, dass das Thema »gesellschaftlich relevant« sei – schließlich passiert auf der Straße etwas.

Umgekehrt bleibt das Feuilleton auch ein Bezugspunkt der linken Aktionen: In einem Beitrag bei »Polylux« erklärten Teilnehmer einer Demonstration im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg unter dem Motto »Fuck Yuppies« ihr »ganz einfaches Feindbild« von den zugezogenen schwäbischen »Überreichen« und missinterpretierten vermutlich ihren Auftritt im Fernsehen als Zeichen der eigenen Wichtigkeit.

Erstaunlich ist, dass das Linksradikale die Bastion zur Verteidigung des Bestehenden werden konnte. Heute bleibt ein selbstgefälliges und zutiefst konservatives »wir waren schon immer hier«, mit dem die zu »Freiräumen« erklärten Orte verteidigt werden. Aus der Gewohnheit wird das Recht auf Eigentum abgeleitet: mein Haus, mein Block, mein Kiez. Die bürgerliche Ordnung wird affirmiert, die Welt wird aus der eigenen Lebenswirklichkeit abgeleitet. Aus dem Recht der Etablierten wird die Konsequenz gezogen, dass Hinzugezogene und Nicht-Ansässige kein Recht auf eine Raumnutzung hätten. Schließlich seien diese für den Anstieg der Mieten verantwortlich. Ein sehr spezielles Interesse, nämlich das Interesse einer Subkultur am Wohnen in Altbauten in der Innenstadt, wird als allgemeines Interesse ausgegeben. Dabei sind die meisten dieser »Freiräume« Abenteuerspielplätze für weiße Westeuropäerinnen und -europäer, die Anfang bis Mitte 20 sind. Man könnte die Klientel mit Hilfe von soziodemographischen Variablen verorten. Dem nebenan in der Platte wohnenden allein erziehenden Hartz-IV-Empfänger bringt der »Freiraum« herzlich wenige Vorteile.

Bei aller Betonung des Politischen geht es letztlich um eine Subkultur, die sich in Differenz zu dem, was sie für etablierte Kultur hält, konstituiert. Die Kritik am Lieblingsfeindbild Yuppie bleibt auf der Ebene von Konsumpräferenzen: falsches Getränk, falsches Auto, zu teure Wohnung. Entsprechend waren in den vergangenen Monaten in Berlin vermeintliche Yuppiekneipen, »Luxuskarossen« und Häuser mit Eigentumswohnungen das Ziel von Angriffen mit Buttersäure, Farbbeutel und Brandsätzen.

Man will angeblich keine Räume des Konsums – aber erstaunlicherweise beherbergen nahezu alle »Freiräume« den Konsumort Kneipe. Moralisch guter Konsum heißt in Berlin: Sterni trinken für billig, ob am Späti oder im linken »Freiraum«. Schlechter Konsum: zu McDonald's gehen. Am Rande: Bei McDonald's erhalten die Angestellten wenigstens einen tariflich garantierten Lohn, so unzureichend und mies dieser auch sein mag. In der Sterni-Ökonomie bedeutet »unkommerziell« in der Praxis dann unbezahlte Arbeit für alle – als ob es davon nicht bereits viel zu viel gäbe und man den Null-Euro-Job erst noch erfinden müsste.

Die Werte und Vorstellungen der Subkultur liefern die Kriterien für das politische Handeln. Und das geschieht anhand von lebensweltlichen Aspekten – und nicht etwa nach einer politischen Logik der Organisierung kollektiver Interessen. Als Folge davon wird Politik als Spektakel inszeniert. Die politische Aktion muss der jugendlichen Erlebniswelt gerecht werden. Schließlich

muss die eigene Klientel bei Laune gehalten werden, indem immer neue, aufregende Ereignisse versprochen werden. Politik wird zur Freizeitgestaltung eines bestimmten Milieus. Der Erfolg einer Aktion erschöpft sich darin, ob man Spaß hatte und der Unterhaltungswert stimmte. Dabei kann lokal orientierte Politik so unsexy sein, wie migrantischen Kids Nachhilfe in Mathe zu geben. Nur lässt sich mit solchen Aktionen schlecht vor Freundinnen und Freunden mit einem Sterni in der Hand prahlen.

Genau diese Entwicklung zur reinen subkulturellen Form muss als Zerfallserscheinung von Teilen der autonomen und radikalen Linken begriffen werden. Wo einst die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft praktiziert wurde, ist Subkultur übrig geblieben, die ihre Konsumvorstellungen mit Politik verwechselt. Die Formen werden als Rituale weiter praktiziert, die Inhalte sind unterwegs abhanden gekommen. Und es wird immer Erstsemesterstudentinnen und -studenten geben, die diesem Spektakel neues Leben einhauchen, indem sie in die Innenstädte ziehen und gegen Gentrifizierung wettern. Dabei kommt weder eine vernünftige Realpolitik noch irgendeine Form von utopischer Raumstrategie, geschweige denn eine Kritik an kapitalistischer Raumnutzung heraus.